

Schneller Rettungsdienst, Fehler der Treuhand und FKK-Kultur im Osten

Zum Artikel „Zu langes Warten auf die Retter“ (27./28. Juli)

Notarztwagen innerhalb kürzester Zeit vor Ort

Ich möchte eine gegenteilige Anmerkung loswerden. Gerade in den letzten sechs Wochen war ich gezwungen, zwei Mal den Rettungsdienst zu meinem Mann zu rufen, und ich muss sagen, beide Male kam der Notarztwagen innerhalb kürzester Zeit (unter 10 Minuten), und die beiden Rettungskräfte waren sehr kompetent, höflich und zielorientiert. Ich lasse darauf nichts kommen und bin sehr zufrieden.

Klar, wir wohnen in Leipzig. Wie das in der ländlichen Region aussieht, dazu kann ich mir kein Bild machen. Aber mit diesem Hintergrund betrachte ich die derzeitige Diskussion um Klinikschließungen et cetera doch mit widersprüchlichen Gefühlen. Jedenfalls hat dieser super schnelle Einsatz meinem Mann das Leben gerettet. Vielen, vielen Dank an alle Rettungsdienstmitarbeiter!

Ilona Tschiersch, per E-Mail

Zum Artikel „Wir mussten den Menschen sehr viel zumuten“ (23. Juli), in dem Ex-Treuhandchefin Breuel Fehler einräumt

Das Vorgehen der Treuhand war damals so gewollt

Mussten? Und wer ist wir? Meine Meinung, es war so gewollt – alternativlos. Der Umbruch von der DDR in die neuen Bundesländer, verbunden mit dem Auseinanderfallen des Ostblocks, bot dem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Chance, die es zum Überleben brauchte. Wie immer in der Geschichte konnten die Märkte neu geordnet werden, ohne Rücksicht und getrieben von der Überzeugung, das absolut Richtige zu tun.

„Natürlich haben wir Fehler gemacht“, heißt es dann weiter im Beitrag. Fehler – die Treuhand, Mehdorn und die Deutsche Bahn, Winterkorn und VW oder Dobrindt/

Scheuer und die Maut und jedes Mal mit Schäden in Größenordnungen. Und eine freiheitliche Demokratie schaut zu. Zu guter Letzt die Feststellung: „In Westdeutschland wäre es nicht möglich gewesen, den Leuten eine Veränderung dieses Ausmaßes zuzumuten. Sie hätten das nicht durchgehalten.“ Eine sehr fragwürdige Aussage. Die Westdeutschen hätten sich das nicht bieten lassen, sie hätten sich auf ihre Rechte besonnen.

Im Osten war das nicht möglich. Der Spagat zwischen Aufbruchseuphorie und Schockstarre war zu groß. Denen, die das zu verantworten haben, wurde viel zu lange zugehört. Und darum wäre es besser, wenn Frau Breuel heute schweigen würde. *Stephan Mücke, 04229 Leipzig*

Zum Artikel „Dulig stellt Merkel Ultimatum bei Grundrente und droht mit Koalitionsbruch“ (30. Juli)

Das Problem ist weiter der Ost-West-Unterschied

Sehr geehrter SPD-Landesvorsitzender Herr Martin Dulig, Ihre drei offenen Briefe in Ehren, danke für Ihre Bemühungen. Meinem Empfinden nach ist Ihre Aktion jedoch populistischer Wahlkampf. Noch viel wichtiger als das Thema Grundrente und die Themen zu den Versorgungsansprüchen aus der DDR-Zeit ist die fortwährende Differenz zwischen der Rente Ost und Rente West, Bafög Ost und Bafög West, Löhne Ost und Löhne West für gleiche Arbeit und anderes mehr.

Und die SPD hat sich bei der Rentenangleichung bis 2025 nicht mit besonderem Ruhm bedeckt. Das ist den alten Menschen im Osten, die unter diesen Bedingungen Nachteile geduldig ertragen, nicht länger zu vermitteln. Das ist nicht gerecht nach 30 Jahren Wiedervereinigung.

Werter Herr SPD-Landesvorsitzender, ich nehme an, dass Sie bei Ihren persönlichen Begegnungen mit den Menschen in Sachsen diese Erfahrungen gemacht

haben wie ich. Ich werde, wo auch immer ich mich ehrenamtlich einbringe, auf diese Themen angesprochen.

Hans-Joachim Hoffmann, 04416 Markkleeberg

Zum Artikel „86 Milliarden Euro für Gleise, Weichen und Brücken“ (27./28. Juli)

Investitionen in die Bahn im Vergleich sehr niedrig

86 Milliarden Euro, verteilt auf elf Jahre, das hört sich ja erstmal ganz gut an. Vergleicht man diese Beträge jedoch mit denen, die andere europäische Staaten ausgeben, sind sie einfach nur erbärmlich und eines (noch) am zahlungskräftigsten Landes in Europa unwürdig!

Schweden zum Beispiel zahlt derzeit pro Kopf der Bevölkerung 170 Euro, die Schweiz sogar 378 Euro jährliche Zuschüsse aus Steuermitteln an die jeweiligen Bahnen. In Deutschland sind es derzeit 64 Euro, ab nächstem Jahr sollen es dann 98,75 Euro, ab 2025 115 Euro und 2030 120 Euro werden. Ob das ausreicht, die von der Politik verordneten Einsparungsmaßnahmen und den damit entstandenen Schaden im Zuge des seit 1994 geplanten und später wieder abgeblasenen Börsenganges wettzumachen, darf bezweifelt werden.

Jochen Weber, 04318 Leipzig

Zum Artikel „Mehr Bäume für besseres Klima“ (12. Juli)

Wenig Ausgleichsflächen für gefällte Bäume

In Leipzig mussten in den vergangenen Jahren einige Bäume dem Hochwasserschutz im Auwald weichen. Gleichzeitig werden wenige Ausgleichsflächen geschaffen, um einer Aufforstung nachzukommen. So sieht bereits der Regionalplan von 2008 für das Gebiet Rückmarsdorf eine Waldmehrung vor. Diese Auf-

forstung besteht nicht darin, ein neues Waldgebiet zu schaffen, sondern das bestehende Areal entlang der Militärsstraße, zwischen Grünau und Rückmarsdorf, um etwa 18 Hektar zu erweitern. Damit wäre mit überschaubarem Aufwand über das Gebiet Schönau bis zum Lindenauer Hafen die bestehende Frischluftversorgung für Leipzig-Altwest gewährleistet und das Klima auch verbessert. *Jürgen Lenk, per E-Mail*

Zum Artikel „FKK ist überhaupt kein Trend mehr“ (30. Juli) über den Leipziger Sexualwissenschaftler Kurt Starke

Nacktbaden liegt an der Ostsee weiterhin im Trend

Es ist natürlich dem Alter des Herrn Starke (81) geschuldet, dass er keine Ahnung vom Trend des FKK hat. Ich bin seit der Wende jedes Jahr mit meiner Frau an der Ostsee. Wir kennen von Boltenhagen, Kühlungsborn, dem Darß, Rügen und Usedom die Entwicklung von 80 Prozent auf etwa 30 Prozent FKK an den Stränden. Diese Entwicklung ist vorhanden, aber niemals derart, dass FKK kein Trend mehr ist.

Ich weiß nicht, wo Herr Starke gewesen ist. Wir sind Ende Juli von einer dreiwöchigen Urlaubsreise auf der Insel Usedom zurückgekommen. Wir haben festgestellt, das nach wie vor die FKK-Strände sehr beliebt sind und dies von den Urlaubern sehr wohl bei den ausgeschalteten FKK-Abschnitten zu circa 90 Prozent eingehalten wird. Ein Vermischen von FKK- und Hundestränden ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Wir haben dieses Jahr von Karlshagen über Zinnowitz, Koserow und den drei Kaiserbädern FKK-Strände besucht und können nur Positives sagen. Die Gemeinden haben sehr fleißig die Strandzugänge ausgeschildert, und der Trend auch unter den jüngeren Badegästen geht wieder zum beliebten Nacktbaden.

Werner Busch, 04720 Döbeln